

Die Freiheit der Wissenschaft

In einigen Ländern der Welt sind selbstverständlich geglaubte Rahmenbedingungen für exzellente und freie Wissenschaft ins Wanken geraten.

Rüdiger Voss

Was bedeutet für uns heute „Freiheit der Wissenschaft“? In Deutschland haben wir diese Freiheit traditionell mit der Autonomie von Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen sowie ihrer Unabhängigkeit von staatlichen und wirtschaftlichen Zwängen gleichgesetzt, ganz im Sinne des großen Bildungsreformers Wilhelm von Humboldt. Die konsequente Bewahrung dieser Prinzipien hat der Wissenschaft hierzulande über zwei Jahrhunderte hervorragende Dienste geleistet und maßgeblich zu ihrer Exzellenz beigetragen.

Jedoch studieren und forschen wir heute in einer straff organisierten Wissenschaftslandschaft, in der einem absolut verstandenen Anspruch auf Forschungsfreiheit Grenzen gesetzt sind. So ist beispielsweise die Grundlagenforschung massiv auf öffentliche Finanzierung angewiesen. Trotzdem konnten – im Spannungsfeld zwischen Humboldtschen Idealen und förderpolitischen Grenzen – exzellente Forschung und Lehre in Deutschland gedeihen, ähnlich wie in anderen freiheitlichen Ländern mit leistungsfähigen Wissenschaftssystemen. Bei der täglichen Arbeit müssen wir die Frage nach der Freiheit unserer Wissenschaft nur selten stellen.

In anderen Teilen Europas und der Welt aber beobachten wir neuerdings Verwerfungen, die selbstverständlich geglaubte Rahmenbedingungen für gute Wissenschaft ins Wanken bringen. In Ungarn wird einer politisch unbequemen Universität mit Schließung gedroht; in der Türkei sind Wissenschaftler in ihrer Reisefreiheit eingeschränkt, werden unter fadenscheinigen Begründungen aus dem Staatsdienst entlassen oder wandern vereinzelt ins Gefängnis; in den USA schließlich, unserem wichtigsten Forschungspartner außerhalb Europas,

ist Donald Trumps Haushaltsentwurf ein unverhohlenes Manifest für eine Förderpolitik, die sich an der Umsetzung fragwürdiger Wahlkampfversprechen orientiert statt an wissenschaftlicher Exzellenz und Kreativität.

Im europäischen Umfeld steht der Brexit im Mittelpunkt der wissenschaftspolitischen Diskussion. Zwar ist er kein direkter Anschlag auf die Freiheit der Wissenschaft; er wirft aber offensichtliche Fragen der Chancengleichheit auf, vor allem im Zugang zu EU-Rahmenprogrammen, ERC-Stipendien und europäischen Infrastrukturen. Niemand überblickt seine Auswirkungen auf Wissenschaft und Forschung. Es wird spekuliert, dass die britische Regierung eine Assoziierung an EU-Rahmenprogramme nach Vorbild Norwegens oder der Schweiz anstrebt. Der Ausgang ist fraglich, denn die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen gestalten sich im Fall Großbritanniens ungleich komplexer.

Autoritäre und isolationistische Bewegungen haben über Nacht den Blick dafür geschärft, dass „Freiheit der Wissenschaft“ keine Selbstverständlichkeit, sondern ein ebenso essenzielles wie verletzliches Gut ist. Diese Freiheit gründet sich im 21. Jahrhundert nicht nur auf institutionelle Autonomie und adäquate Förderung, sondern auch auf ungehinderte Mobilität von Wissenschaftlern und Studenten sowie gleichberechtigten Zugriff auf Forschungsinfrastrukturen. In einem global vernetzten, arbeitsteilig organisierten Wissenschaftssystem können massive Eingriffe in die Arbeitsbedingungen unserer Kollegen in anderen Ländern langfristig nicht ohne Auswirkungen auf die Qualität unserer eigenen Forschung bleiben. Die Anfechtungen, denen die Freiheit der Wissenschaft ausgesetzt ist, sind ein



Meinung von Dr. Rüdiger Voss, Präsident der European Physical Society (EPS)

globales Phänomen und nicht spezifisch für die Physik. Die gesamte Scientific Community ist herausgefordert, sich für die Bewahrung existenzieller Rechte und Freiheiten einzusetzen.

Selbst wenn wir unseren Blick auf Europa konzentrieren, sind die Herausforderungen komplex. Für den Umgang damit gibt es kein Patentrezept, und wir müssen die ganze Bandbreite möglicher Instrumente nutzen: Der March for Science am 22. April war ein gelungener Auftakt zu einem öffentlichkeitswirksamen Eintreten für die Belange und Bedeutung der Wissenschaft. Am anderen Ende des Spektrums steht gleichberechtigt effiziente Wissenschaftsdiplomatie hinter den Kulissen der öffentlichen Diskussion.

Als Vertreter einer Disziplin mit einer hoch entwickelten Kultur der internationalen Vernetzung und Zusammenarbeit tragen wir Physiker eine besondere Verantwortung, in dieser Auseinandersetzung Stellung zu beziehen. Mit mehr als vierzig physikalischen Gesellschaften in Europa und der EPS in ihrer Rolle als Dachorganisation sind wir dafür organisatorisch gut aufgestellt. Die jüngsten Entwicklungen haben uns vor Augen geführt, dass wir unsere Strukturen noch effizienter nutzen müssen, um Wissenschaftspolitik und Öffentlichkeitsarbeit länderübergreifend zu koordinieren und die Kooperation mit anderen Disziplinen zu vertiefen.